

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
213 · Ausgabe CH · Juni 2024
AZB 3001 Bern · Post CH AG



Solar-Initiative:
Jetzt unterschreiben!

Nein heisst Nein!

Das neue Sexualstrafrecht tritt am 1. Juli in Kraft. Wie dringend nötig Veränderung ist, sagt Agota Lavoyer im Interview auf Seite 4.

ASYL: WER, WENN NICHT DIE AFGHANINNEN?

Eigentlich soll gar niemand mehr bei uns Schutz suchen – so lässt sich die Ansicht vieler Rechtsausser-Politiker:innen nach der Parlamentsdebatte zur Praxisänderung zusammenfassen. Seite 6

NEIN ZUR PENSIONS-KASSEN-VORLAGE

Mit der Pensionskassen-Vorlage bleibt für viele Ende Monat noch weniger im Portemonnaie, die Renten schrumpfen weiter. Und die Frauen gehen einmal mehr leer aus. Seite 13

Liebe Leserin, lieber Leser, alle dazwischen und darüber hinaus



Die bürgerliche Politik ignoriert das Artensterben. Davon muss ausgehen, wer die Parlamentsdebatten im Juni verfolgte. Die bürgerlichen Parlamentarier:innen versenkten eine Massnahme für 3,5 Prozent Biodiversitäts-Ausgleichsflächen auf landwirtschaftlichen Betrieben, nachdem diese jahrelang verschleppt worden war und eigentlich längst hätte in Kraft sein müssen. Treibende Kräfte hinter diesem Vorgehen waren die Bäuer:innen selbst, die im Parlament bekanntlich überproportional vertreten sind. «Die Massnahme wäre für die Betriebe hinderlich», hiess es. Nun, «hinderlich» ist die

Haltung sicher auch für die Artenvielfalt – man könnte es auch «Manchester-Kapitalismus» auf Kosten von Tier, Pflanzen und Umwelt nennen.

Klar ist: Die Biodiversität steckt in einer tiefen Krise. Darum ist es mit Blick auf die Abstimmung über die Biodiversitäts-Initiative im September besonders wichtig sich zu informieren. Gerne lege ich euch einen Besuch im Naturhistorischen Museum Bern in der Ausstellung «Insektensterben – alles wird gut» ans Herz (mehr dazu auf Seite 18). Sie zeigt auf inspirierende Art, was sich für die Artenvielfalt tun lässt.

Dem neuen Sexualstrafrecht ging ebenfalls ein langer Kampf voraus. Am 1. Juli tritt es nun in Kraft – ein Meilenstein. Nein heisst endlich Nein. Darüber – und was immer noch verbessert werden muss – habe ich mit der Expertin für sexualisierte Gewalt Agota Lavoyer gesprochen. Ihr aktuelles Buch «Jede_Frau» steht derzeit weit oben auf der Bestsellerliste. Das Interview findest du auf Seite 4.

Ich wünsche euch eine erholsame Sommerpause und grüsse solidarisch,

Pia Wildberger

INHALT

- 4** **«Sexualisierte Gewalt ist ein Männerproblem»**
Agota Lavoyer über notwendige Veränderungen in der Gesellschaft
- 7** **Angriff auf die Personen-freizügigkeit**
Zurück in die Zukunft:
Die SVP will wieder eine Schweiz mit Kontingenten
- 8** **Asyl: Wer, wenn nicht Afghaninnen?**
Im Parlament gelang es knapp, die Praxisänderung für Afghaninnen zu verteidigen
- 9–12** **Berichte aus den Kantonen**
- 13** **«Die Versicherten haben den Gürtel eng genug geschnallt»**
Warum wir die Pensionskassen-Vorlage ablehnen
- 15** **Mit Klasse und Stil: Jahresanlass der Gruppe 2027**
- 16** **Kochen fürs Klima: Schlaraffenland am Rhein**
Alternativen zu Eiern in Crêpes & Co.
- 17** **Buchbesprechung: Gewinne für Klimasünder:innen, nicht fürs Klima**
Wie der Emissionshandel in Tat und Wahrheit zum Klimawandel beiträgt
- 18** **5 Fragen an Neumitglied Mara Meier, Solothurn**
- 19** **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klawe-Morf-Stiftung**



SP-Nationalrätin Nadine Masshardt am Lancierungs-Event der Solar-Initiative.

Jetzt
Karte im
Heft unter-
zeichnen!

Solar-Initiative: Jetzt unterschreiben

Am 11. Juni lancierten die Grünen die Solar-Initiative, die eine Solarpflicht für alle geeigneten Dächer und Fassaden fordert. Die SP unterstützt das Anliegen – unterschreibe darum noch heute auf der beiliegenden Karte oder online. Die Solarpflicht gilt für Neubauten ebenso wie für grosse Umbauten. Spätestens 15 Jahre nach Annahme der Initiative soll diese Pflicht auch bestehende Gebäude umfassen. Von der Initiative ausgenommen sind Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen oder bei denen die Installation einer Solaranlage unverhältnismässig wäre.

Die Solar-Initiative leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz in der Schweiz. Zwei Drittel des Gesamtenergiebedarfs werden hierzulande durch fossile Energieträger gedeckt, die oft aus Ländern mit autokratischen Regimen importiert werden. Auf Schweizer Dächern, Fassaden und Infrastrukturen gibt es genug geeignete Flächen, um mehr als den gesamten heutigen Strombedarf der Schweiz mit Solarenergie zu decken. Mit der Solar-Initiative reduzieren wir unsere Abhängigkeit vom Ausland, beschleunigen den Umstieg auf erneuerbare Energien und reduzieren so die Emissionen.

Historischer Entscheid zum Schutz von gewalt- betroffenen Migrant:innen

Migrant:innen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, müssen nicht mehr in einer Ehe verharren, weil sie fürchten, bei einer Trennung den Aufenthaltsstatus zu verlieren. Die entsprechende Härtefallregelung, die bislang sehr eng gefasst war, wird ausgebaut, wie National- und Ständerat entschieden haben. Die Gesetzesrevision geht auf einen Antrag der SP in der Sozialpolitischen Kommission des Nationalrats zurück. Dass es der SP gelungen ist, eine parlamentarische Mehrheit von dieser Gesetzesänderung zu überzeugen, ist ein ausserordentlicher Erfolg.

Erfolg: Endlich bessere Teilhabe an der Politik

Gehörlose und hörbehinderte Personen sind bis heute fast vollständig von Debatten unter der Bundeshauskuppel ausgeschlossen. Die Diskussionen lassen sich im Live-Stream auf der Parlaments-Website nur mit Ton verfolgen. Vier Jahre nachdem SP-Nationalrätin Gabriela Suter einen Vorstoss für barrierefreie Parlamentsdebatten einreichte, haben National- und Ständerat nun endlich entschieden, dass die Debatten untitelt werden müssen. Die Muttersprache von Gehörlosen ist zwar die Gebärdensprache und Untertitel sind für sie wie eine Fremdsprache. Doch die Untertitelung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung – danke, Gabriela! Wann die erste Debatte untitelt wird, steht noch nicht fest.

Die SP publiziert neu einen Jahresbericht

Die Jahresrechnung veröffentlicht die SP Schweiz seit vielen Jahren jeweils auf der eigenen Website. Doch nun haben wir Rückschau gehalten und die wichtigsten Zahlen und Ereignisse des vergangenen Jahres in einem Online-Jahresbericht zusammengefasst. Neben Erfolgen wie dem Klimaschutzgesetz und dem Wähler:innen-Zuwachs bei den eidgenössischen Wahlen freuen wir uns auch sehr über die mehr als tausend Neumitglieder. Hier geht's lang zum Online-Jahresbericht:

→ [www.sp-ps.ch/
jahresbericht-2023](http://www.sp-ps.ch/jahresbericht-2023)



Was brachte letztes Jahr rekordverdächtig viele Neumitglieder zur SP? Wir haben bei Neumitgliedern direkt nachgefragt:

→ [www.sp-ps.ch/
jahresbericht-2023-
mitgliedervideos](http://www.sp-ps.ch/jahresbericht-2023-mitgliedervideos)



Diese Initiativen brauchen deine Unterstützung

Die **Demokratie-Initiative** fordert ein modernes Bürgerrecht und leichtere Einbürgerung. Heute haben mehr als 25 Prozent der Menschen, die in der Schweiz leben, keinen roten Pass – darunter viele, die hier geboren sind. Eine jüngst veröffentlichte Studie der Eidgenössischen Migrationskommission sowie eine Publikation des Instituts Neue Schweiz kommen übereinstimmend zum Schluss: Das Schweizer Einbürgerungsrecht ist willkürlich, diskriminierend und einer Demokratie, die von Migration geprägt ist, nicht würdig. Zeit, das zu ändern!

→ [www.sp-ps.ch/
demokratie-initiative](http://www.sp-ps.ch/demokratie-initiative)



Die **Inklusions-Initiative** fordert, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden. In der Schweiz leben rund 1,7 Millionen Menschen mit Behinderungen. Täglich stossen sie auf zahlreiche Barrieren, die ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren oder sogar verunmöglichen. Die SP unterstützt auch diese Initiative.

→ [www.sp-ps.ch/
inklusions-initiative](http://www.sp-ps.ch/inklusions-initiative)



«Sexualisierte Gewalt ist ein

Agota Lavoyer, Spezialistin für sexualisierte Gewalt, hat sich an vorderster Front für das neue Sexualstrafrecht eingesetzt. Dabei handelt es sich bloss um einen Etappensieg. Pia Wildberger

Am 1. Juli tritt das neue Sexualstrafrecht in Kraft: Nein heisst dann Nein. Ist es ein grosser Wurf?

Agota Lavoyer: Es ist ein Meilenstein. Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung sind neu ohne Nötigung und geschlechtsneutral definiert. Nein-heisst-Nein ist nicht die Maximalvariante, die wir uns erhofft hatten. Es freut uns aber sehr, dass die Täterarbeit verankert werden konnte. Verurteilte Täter können zu Lernprogrammen verpflichtet werden, auch schon bei sexueller Belästigung. Leider handelt es sich bloss um eine Kann-Regel. Aber wir bleiben dran. Ich glaube immer noch, dass wir dereinst die Ja-heisst-Ja-Lösung haben werden.

Ist Ja-heisst-Ja wirklich besser?

Schlussendlich widerspiegelt das Gesetz die Haltung der Gesellschaft. Bei der Nein-heisst-Nein-Lösung geht man davon aus, dass Sexualität ein Gut ist, das zur Verfügung steht und das man sich nehmen kann, sofern

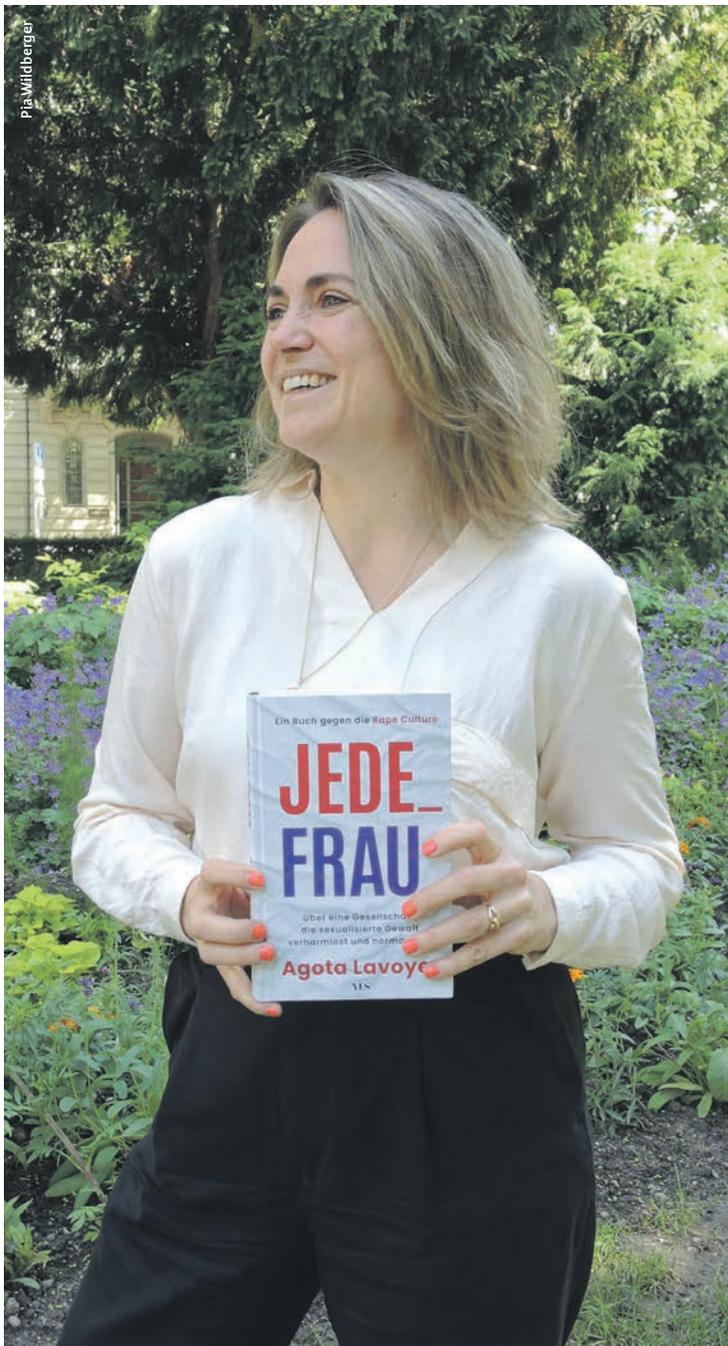
die andere Person nicht Nein sagt. Das darf doch nicht sein. Sexualität muss auf Selbstbestimmung und Einvernehmlichkeit basieren.

Wir leben in einer «Rape Culture», schreibst du in deinem neuen Buch. Was heisst das?

Wir leben in einer Gesellschaft, in der patriarchale Haltungen, problematische Männlichkeitsvorstellungen und Geschlechterstereotype zu tief verankerten sexistischen, frauenfeindlichen Haltungen führen. Das schafft viele höchst problematische Bilder, zum Beispiel von Liebesbeziehungen. Etwa, dass der Mann die Frau erobern soll. Zu Ende gedacht bedeutet das beispielsweise, dass die Frau dem Mann gehört und er sie kontrollieren kann, notfalls mit Gewalt. Auch das Bild vom starken, rationalen Mann und der schutzbedürftigen, irrationalen Frau ist weit verbreitet und wird uns als romantisch verkauft. Dies alles führt dazu, dass sexualisierte Gewalt zuweilen nicht als Gewalt, sondern als normales männliches Verhalten angeschaut wird. Übergriffige Männer werden entschuldigt, während die betroffenen Personen beschuldigt werden.

Wie soll man reagieren, wenn einem ein sexueller Übergriff anvertraut wird?

Man sollte empathisch zuhören. Und man sollte dieser Person unbedingt glauben. Man sollte der Person auch helfen, das Erlebte einzuordnen. Also nicht verharmlosen, sondern bestätigen, dass das Verhalten der anderen Person nicht okay war. Wichtig ist auch, die Verantwortung der übergriffigen Person zu übertragen. Denn egal, welche Kleider die betroffene Person trug, ob sie naiv oder betrunken war – die Verantwortung trägt immer und ausschliesslich die Person, die die Grenzen überschritten hat. Die Opferhilfe kann mit Betroffenen erörtern, welcher Weg der passendste ist. Es



POINTIERTES AUS FEMINISTISCHER SICHT

Dich interessieren feministische Themen? Dann möchten wir dir eine besonders spannende Lektüre ans Herz legen: Wir konnten Geschlechterforscherin Franziska Schutzbach als Kolumnistin für unsere Online-Plattform «direkt» gewinnen. Regelmässig liefert sie aus feministischer Warte pointiert-fundierte Betrachtungen zu aktuellen Ereignissen. Damit du keine Kolumne verpasst, kannst du dich hier für den Newsletter anmelden:

→ www.direkt-magazin.ch/newsletter

ZUR PERSON

SP-Mitglied **Agota Lavoyer** ist Expertin für sexualisierte Gewalt und setzt sich für eine bessere Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt und für die Prävention ein. Soeben ist ihr neuestes Buch «Jede_Frau» erschienen, das es bereits auf die Bestsellerliste des Schweizer Buchhandels geschafft hat.



Männerproblem»

ist gut möglich, dass die Anzeige bei der Polizei der falsche Weg ist.

Sexuelle Gewalt betrifft alle. Im Publikum an deinen Vorträgen sitzen fast nur Frauen und es reden auch fast nur Frauen über sexualisierte Gewalt. Wie lässt sich das ändern?

Ich hoffe, dass ich auch mit dem Buch einen Beitrag zur Veränderung leisten kann. Sexualisierte Gewalt wird immer noch als Frauenthema und damit als weniger relevant betrachtet. Dabei wird sexualisierte Gewalt grossmehrheitlich von Cis-Männern ausgeübt. Es ist ein Männerproblem, das die Männer lösen müssen.

Viele Männer sagen: «Ich doch nicht!»

Jeder Mann ist Teil der Rape Culture: entweder weil er selbst schon sexuell übergriffig war oder weil er zu- oder weggeschaut hat, als seine Kumpel es waren. Rape Culture lebt von komplizierten Männerbünden, die einander nicht zur Rechenschaft ziehen. Viele Männer, die sich angegriffen fühlen, sorgen sich mehr um die Privilegien, die sie verlieren könnten, wenn die Frauen die Deutungshoheit über sexualisierte Gewalt übernehmen, als um das Wohl der Millionen von Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren.

Was müssen Männer denn tun?

Informiert euch! Interveniert, wenn sexistische und abwertende Sprüche fallen, wenn Vergewaltigungsmythen bedient oder Frauen sexuell bedrängt werden. Für Männer ist es viel einfacher, gegen ihre Kollegen aufzustehen, als für uns Betroffene, die immer riskieren, erneut abgewertet und gedemütigt zu werden. Männer haben Vorschuss-Sympathien für Männer, einfach weil sie Männer sind. Männer orientieren sich an Männern. Diese männlichen Monokulturen machen die «Rape Culture» aus.

Die Männer allein werden es nicht richten können

Wir alle müssen unseren Teil beitragen, um der mächtigen «Rape Culture» entgegenzuwirken. Eltern, aber auch Pädagog:innen und überhaupt die Gesellschaft stehen in der Pflicht, dass wir diese Geschlechterstereotypen und problematischen Vorstellungen zu sexualisierter Gewalt nicht weitergeben. Stattdessen müssen wir Kinder und Jugendliche eine Konsens-Kultur lehren.

WAS IST NEU?

Die Gesetzesreform bringt bedeutende Veränderungen mit sich: Handlungen können neu als Vergewaltigung oder sexuelle Übergriffe sowie sexuelle Nötigung gelten, wenn das Opfer durch Worte, Gesten oder das Zeigen von Ablehnung signalisiert, dass es nicht einverstanden ist und der Täter den ausgedrückten Willen des Opfers vorsätzlich missachtet. Zusätzlich wird auch der Schockzustand, das sogenannte Freezing, als Zeichen der Ablehnung berücksichtigt.

Die Definition von Vergewaltigung wird erweitert, indem der Tatbestand geschlechtsneutral formuliert wird und neu alle Geschlechter umfasst. Er schliesst nicht nur den Beischlaf, sondern alle Handlungen ein, die mit dem Eindringen in den Körper verbunden sind. Weiter macht sich strafbar, wer – auch bei einvernehmlichen sexuellen Handlungen – ohne vorgängige Zustimmung das Kondom entfernt («Stealthung») oder keines benutzt. Ebenso wird die Verbreitung sexueller Inhalte ohne Zustimmung der abgebildeten Person unter Strafe gestellt («Revenge Porn»).

Ein Leben in Sicherheit ist ein Menschenrecht

Der Kampf gegen sexualisierte Gewalt geht weiter. Nationalrätin Tamara Funicello, Co-Präsidentin der SP Frauen, hat darum im Parlament mehrere Vorstösse eingereicht, die die Prävention verbessern sollen.

Julia Baumgartner, Zentralsekretärin SP Frauen

Wut, Trauer und Ohnmacht: Ende Mai berichtete die SRF-Rundschau über die Arbeit der Schaffhauser Strafverfolgungsbehörden. Der Bericht zeigt anhand von eindeutigen Videoaufnahmen den massiven Handlungsbedarf bei der Strafverfolgung von geschlechtsbezogener und sexualisierter Gewalt auf. Die Bilder machen betroffen und stimmen ratlos. Was muss denn noch passieren, damit Gewaltbetroffenen endlich geglaubt wird? Tamara Funicello, Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz und Nationalrätin, hat in der Juni-Session deshalb eine Motion eingereicht, die den Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Aus- und Weiterbildung der Strafverfolgungsbehörden zu schaffen.

430 000 Frauen in der Schweiz sind gemäss einer Studie von Amnesty International aus dem Jahr 2019 bereits einmal in ihrem Leben vergewaltigt worden. Alle zwei Wochen wird in der Schweiz eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Jede Woche überlebt eine Frau einen versuchten Femizid. Im Jahr 2024 zählen wir bereits acht Feminizide. Diese Zahlen haben wir mittlerweile schon oft gehört. Sie sind deswegen jedoch nicht weniger schockierend. Geschlechtsbasierte Gewalt ist ein strukturelles Problem und muss als solches bekämpft werden.

Ein wichtiger Baustein zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung, an dem auch die SP Frauen mitgearbeitet haben, tritt am 1. Juli in Kraft: das revidierte Sexualstrafrecht. Im Zentrum der Gesetzesänderung steht die Ausdehnung der bisherigen Straftatbestände der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung. Neu gelten sexuelle Handlungen ohne ausdrückliche Zustimmung des Opfers als Vergewaltigung oder sexueller Übergriff.

Prävention ist der nächste Schritt

Nun geht es um die Umsetzung. Damit die Kantone diese ernst nehmen, haben SP-Parlamentarierinnen in verschiedenen Kantonen Vorstösse eingereicht. Diese koordinierte politische Arbeit auf allen Ebenen wollen wir auch in Zukunft weiterführen. Denn klar ist: Mit dem revidierten Sexualstrafrecht ist es noch nicht getan. Wir brauchen eine professionelle Präventionsarbeit in Form von Täterarbeit und Sensibilisierungskampagnen. Beratungsstellen, Schutzplätze, Krisenzentren und 24-Stunden-Beratung erfordern die entsprechenden finanziellen Ressourcen, damit Gewaltbetroffene angemessenen Schutz und Unterstützung erhalten – in allen Kantonen. Denn ein Leben in Sicherheit ist ein Menschenrecht!



«Ich will bei Papa bleiben.» – Bild aus dem Film «Lo Stagionale», von Alvaro Bizzarri, der selber als Saisonnier in der Schweiz arbeitete.

Angriff der SVP auf die Personenfreizügigkeit

Das hatten wir doch schon mal: Die SVP greift in die Mottenkiste und lanciert mit ihrer sogenannten Nachhaltigkeits-Initiative einen Angriff auf das Personenfreizügigkeitsabkommen und die soziale Schweiz. Geht es nach dem Willen der SVP, müssten die Bilateralen gekündigt werden, sollte die Marke von zehn Millionen Menschen in der Schweiz erreicht werden. So ähnlich klang es auch vor vier Jahren, als wir über die Kündigungsinitiative abstimmten.

Die Personenfreizügigkeit mit der EU ist eine enorme soziale Errungenschaft. Unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Religion gibt das Abkommen allen EU-Bürger:innen und Schweizer:innen das Recht, in Europa ein Leben aufzubauen, sofern man Arbeit findet. Nur dank der Personenfreizügigkeit ist die grenzüberschreitende Mobilität in Europa ein Freiheitsrecht für alle – und nicht ein Privileg für die Reichen und Mächtigen.



Samira Marti
Nationalrätin BL
Co-Fraktionspräsidentin

Kaum ein Land in Europa ist heute so eng vernetzt und verbunden mit der EU wie die Schweiz. Wir leben sprichwörtlich im Herzen Europas. Unser Gewerbe, wirtschaftet auf den europäischen Märkten und unsere Universitäten sind Teil europäischer Wissenschaftsnetzwerke: Unser wirtschaftlicher Erfolg der letzten Jahrzehnte lässt sich massgeblich auf das Personenfreizügigkeitsabkommen und auf die bilateralen Verträge mit der EU zurückführen.

Die SVP sieht für die Schweiz jedoch eine andere Zukunft. Sie träumt davon, die Schweiz immer mehr zu isolieren und zu einer Insel mit Tiefsteuern für Firmen, schlechten Löhnen und laschen Gesetzen zu machen – zu einer Schweiz, in der die Macht des Stärkeren durchgesetzt wird und Menschen mit viel Geld mehr zu sagen haben. Diese Isolation bedroht die soziale Schweiz.

Nein zur Rückkehr zum Saisonnierstatut

Die grossen Krisen unserer Zeit können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn angehen. Gerade der russische Angriffskrieg in der Ukraine zeigt eindrücklich, dass nur der gemeinsame Einsatz für unsere regelbasierte Weltordnung, Demokratie und Frieden Erfolg verspricht.

Seit Jahrzehnten kommen Menschen zu uns in die Schweiz. Viele von ihnen folgen unserem Ruf nach Arbeitskräften. Ohne sie würden das Gesundheitswesen, die Kitas, die Altersheime und die Schulen längst nicht mehr funktionieren. Dies wird sich mit dem demografischen Wandel noch verstärken. Alleine in unseren Spitälern arbeiten 33 Prozent Ausländer:innen, wobei die meisten aus Deutschland, Frankreich und Italien kommen.

Auch die SVP weiss, dass wir in Zukunft ausländische Fachkräfte brauchen werden. Sie will jedoch wieder Kontingente einführen und damit zurück in die Vergangenheit – in eine Schweiz, in der «Gastarbeiter:innen» in Baracken wohnten, ihre Kinder verstecken mussten und keine sozialen Rechte hatten.

Nein zu Lohndumping

Mit dem Ende der Personenfreizügigkeit würden auch die flankierenden Massnahmen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt wegfallen. Denn diese sind gemäss Entsendegesetz mit den bilateralen Verträgen verknüpft. Ohne diese Lohnschutzmassnahmen würde der Druck auf die Löhne massiv steigen – und zwar für alle Arbeitnehmer:innen. Sinken die Löhne im Baugewerbe, in der Gastronomie oder im Dienstleistungsbereich, kommt das gesamte Lohngefüge ins Rutschen und andere Branchen folgen.

Darum: Die Auswirkungen dieser SVP-Initiative wären verheerend. Wehren wir uns dagegen!

Die SVP will zurück in die Vergangenheit – in eine Schweiz, in der «Gastarbeiter:innen» in Baracken wohnten.

Unser Engagement gegen den Prämienwahnsinn geht weiter

Die finanzielle Entlastung der Bevölkerung bleibt ein dringendes Anliegen, auch wenn die Prämien-Entlastungs-Initiative abgelehnt wurde. Wir machen weiter – unter anderem mit einer Initiative für eine öffentliche Einheitskasse.



Mattea Meyer, Nationalrätin ZH, Co-Parteipräsidentin

Wir engagieren uns in Abstimmungskämpfen, um zu gewinnen. Dabei steht nicht nur der Sieg an der Urne im Vordergrund. Ziel ist es auch, generell eine Änderung anzustossen. Darum tut eine Niederlage weh, unabhängig davon, wie knapp sie ausfällt. Das Nein zur Prämien-Entlastungs-Initiative schmerzt auch deshalb, weil die Prämienexplosion nun nahezu ungehindert weitergehen wird. Eine vierköpfige Familie bezahlt in diesem Jahr 1000 Franken mehr für die Prämien als noch vor einem Jahr. Und alles deutet darauf hin, dass nächstes Jahr nochmals mehrere hundert Franken draufgeschlagen werden. Auch Rentnerpaare und Alleinstehende mit tiefen und mittleren Einkommen werden noch tiefer in die Tasche greifen müssen, während Löhne und Renten mit dem Prämienanstieg nicht Schritt halten.

Gegenvorschlag nimmt Kantone stärker in die Pflicht

Die Mehrheit der Deutschschweizer Stimmberechtigten hat einen schweizweiten Prämiendeckel von zehn Prozent abgelehnt. Das müssen wir anerkennen. Dennoch stehen wir nicht mit leeren Händen da. Es ist unserer Initiative zu verdanken, dass die Kantone mit dem Gegenvorschlag nun stärker in die Pflicht genommen werden. Jeder Kanton muss ein sogenanntes Sozialziel festlegen, also einen Prämiendeckel definieren. Und er muss mehr Prämienverbilligungen zahlen, abhängig von der Belastung der Bevölkerung. Das ist besser als nichts. Und es erlaubt uns, in den Kantonen Druck zu machen. In einigen Kantonen haben wir bereits kantonale Initiativen für einen Zehn-Prozent-Prämiendeckel eingereicht, in anderen Kantonen werden wir uns bei der Umsetzung des Gegenvorschlags dafür einsetzen, möglichst viel für die Versicherten zu erreichen. Wir

werden also dranbleiben, um die Menschen zu entlasten und die Kaufkraft zu stärken.

Einstehen für eine öffentliche Krankenkasse

Zusätzlich arbeiten wir derzeit eine Initiative für eine öffentliche Krankenkasse mit regional differenzierten Prämien aus. Diese würde den teuren Pseudowettbewerb zwischen 45 privaten Krankenkassen stoppen, der ausser teuren Werbekampagnen und hohen Wechselkosten nichts bringt. Eine solche Kasse würde Millionensaläre für die Chefetage verhindern und dafür sorgen, dass die Prävention endlich angemessen berücksichtigt wird – so wie in der Unfallversicherung. Im Gegensatz zur Suva ist der Anreiz bei einer privaten Krankenkasse heute gering, in die Gesundheit der Versicherten zu investieren. Denn das kostet Geld und erhöht die Prämie. Und wenn die Versicherten deshalb zu einem anderen Anbieter wechseln, ist die Investition aus Sicht der früheren Kasse verloren.

Das alles ergibt ein enormes Sparpotenzial. Alleine die Krankenkassenwechsel kosten mehrere hundert Millionen Franken jährlich, die eingespart werden können.

Mit einer öffentlichen Krankenkasse gehen wir gegen die Verschwendung und Geschäftemacherei vor und stellen endlich die Pflege der Patient:innen wieder ins Zentrum des Gesundheitswesens.

Die Arbeit geht uns nicht aus – ich danke euch allen im Namen der SP Schweiz und des Initiativkomitees für euer Engagement für bezahlbare Prämien!

Wenn nicht afghanische Frauen, wer dann?



Ein Leben in Würde ist für viele Afghaninnen in ihrer Heimat unmöglich.



Nina Schläfli
Nationalrätin TG

Im Asylwesen machen die rechten Kräfte im Parlament Politik für die Galerie. Zur Lösung von Problemen tragen sie nicht bei. Derweil sind zahlreiche Verschärfungen geplant.

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Jahr 2021 verschlimmert sich die Lage im Land zunehmend: Die demokratischen Strukturen wurden abgeschafft, viele freiheitliche Rechte zurückgenommen und die Scharia eingeführt. Viele internationale Organisationen mussten sich deswegen aus dem Land am Hindukusch zurückziehen, was die wirtschaftliche und humanitäre Krise noch verschärft. Besonders davon betroffen sind Mädchen und Frauen.

Letzten Sommer änderte das Staatssekretariat für Migration angesichts der miserablen Lebensbedingungen, offensichtlichen Diskriminierung und fehlenden Perspektiven die Asylpraxis für afghanische Frauen. Die Gesuche werden zwar nach wie vor einzeln geprüft, Afghaninnen erhalten aber grundsätzlich Asyl. Im Gegensatz zur «vorläufigen Aufnahme» können

die Frauen so mittel- und langfristig damit rechnen, in der Schweiz bleiben zu dürfen. Das fördert ihre soziale und wirtschaftliche Integration entscheidend. Die SVP und die FDP setzten sich im Parlament trotzdem vehement gegen diese Änderung ein. Nur dank einem Zufallsmehr konnte eine Rückkehr zur früheren Praxis verhindert werden.

Verschärfungen geplant

Wenn nicht afghanische Frauen, wer dann? Die Antwort der SVP darauf lautet inzwischen: am liebsten gar niemand. Denn leider stehen die Afghaninnen nur beispielhaft für eine ganze Reihe geplanter Verschärfungen im Asylbereich. Gefordert werden etwa die Abschaffung des Schutzstatus S für ukrainische Geflüchtete und die Überführung der Verfahren in das normale Asylsystem. Das würde zu einer kompletten Überlastung führen, und

die Ukrainer:innen hätten weniger rasch Zugang zu Arbeit und Bildung. Und ein Vorstoss der FDP, der die Ausschaffung von abgewiesenen eritreischen Asylsuchenden in einen Drittstaat wie Ruanda fordert, wurde gar überwiesen – obwohl klar ist, dass Eritrea rückgeschaffte Staatsbürger:innen aus keinem Land der Welt aufnimmt.

Die Rechte betreibt Symbolpolitik und trägt nichts zur Lösung der Probleme bei. Ihre Antwort lautet immer: Nein. Wenn sich etwa die Frage nach mehr Geld für menschenwürdige Unterbringungen stellt, heisst es: nicht vorhanden. Oder Ressourcen für die zielgerichtete Integration von Asylsuchenden und Migrant:innen? Nicht nötig. Eine Vision, wie wir dem demografischen Wandel und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel mit einer gezielten Migrations- und Integrationsstrategie begegnen könnten? Kein Bedarf.

Die SP-Fraktion hält dagegen. Wir setzen uns auch in dem nach rechts gerückten Parlament für das Recht auf Asyl und einen menschenwürdigen Umgang mit Migrant:innen ein.

Neue Biografie über den Oltner Genossen Walter Trösch

Mara Meier ist Mitglied der SP Stadt Solothurn und Autorin. Im Oktober erscheint beim Zytglogge-Verlag «Solange es noch Tag ist», ihre Romanbiografie über den Oltner Verleger, Sozialisten und Pazifisten Walter Trösch, der sich unermüdlich für eine gerechtere Welt und eine soziale Schweiz einsetzte.

Der Genosse Walter Trösch (1875–1959) gründete im Jahr 1905 unter dem Titel «Neue Freie Zeitung» die erste Arbeiterzeitung auf dem Platz Olten und war deren Redaktor, Drucker und Setzer in Personalunion, bis im Frühling 1911 Jacques Schmid die Redaktion der erfolgreichen Zeitung übernahm.

1920 übergab Trösch den Druck der neuen Genossenschaftsdruckerei, wo sie unter dem Namen «Das Volk» weitergeführt wurde.

In Olten führte der Druckereiunternehmer Trösch ausserdem einen sozialistischen Verlag, in dem z. B. Werke von Herman Greulich, Elisabeth Teslin, Leonhard Ragaz und Max Dätwyler erschienen. Mehr als hundert von ihm gedruckte Titel – viele davon wichtige Zeugnisse der sozialen Bewegungen des ersten Viertels des 20. Jahrhunderts – sind noch immer in Bibliotheken zu finden.

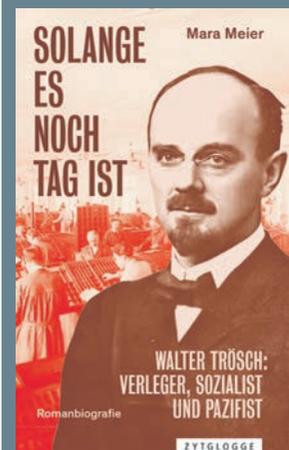
Trösch hatte sich aus einfachen Verhältnissen emporgearbeitet und von 1893–1897 bei Fischer in Münsingen eine Lehre als

Buchdrucker und Schriftsetzer absolviert. Nach mehreren Jahren in Paris, London und Newark liess er sich in Olten nieder. Von 1908–1925 sass er für die SP im Gemeinderat der Stadt Olten und von 1908–1921 im Kantonsrat, den er 1921 für wenige Monate präsidierte. Er vertrat soziale Anliegen und setzte sich für das Frauenstimmrecht ein.

Dass der Genosse Trösch heute weitgehend vergessen ist, hängt wohl auch damit zusammen, dass er im Jahr 1927 mit seinem Verlag und Druckereiunternehmen wegen unlauterer Machenschaften eines Kunden in Konkurs ging.

Sein Leben und Wirken werden zu Tröschs 150. Geburtstag im Jahr 2025 mit einer Romanbiografie von Mara Meier gewürdigt, die im Oktober 2024 im Zytglogge-Verlag erscheint: «Solange es noch Tag ist – Walter Trösch: Verleger, Sozialist und Pazifist». Das Buch ist im Buchhandel oder direkt beim Zytglogge-Verlag erhältlich.

BUCHVERNISSAGE



Kunstmuseum Olten

12. November 2024, 19.30 Uhr
Moderation: Christoph Rast

Ein Kurzinterview mit der Autorin Mara Meier liest du auf Seite 18.

«Ich habe keine Zeit, keine Geduld, keine Nerven für Politik» ...

Solche Aussagen haben wir alle sicher schon mehrmals gehört. Viele Bekannte fragen bei passender Gelegenheit, weshalb man sich denn selbst politisches Engagement «antut». Für mich ist die Antwort einfach: Ich kann nämlich gar nicht anders! Bei all den Negativschlagzeilen in den Medien, Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten, denen wir alle tagtäglich begegnen, muss jede Person für sich einen Weg finden, damit klarzukommen.

Für mich persönlich geht dieser Weg klar über politisches Handeln – im Kleinen wie im Grösseren. Es begann vor rund 15 Jahren, als ich mit der Haltung des Grenchner Gemeinderats gegenüber den Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen nicht einverstanden war. Ich habe mich gegen die Budgetkürzungen

und geplanten Umstrukturierungen gewehrt und wurde etwas später – zack – in die Kulturkommission gewählt. In den politischen Ämtern verfügt man dann über konkrete Mittel, sich für die eigenen Anliegen einzusetzen. Nur wissen wir alle, dass die politischen Mühlen meist recht langsam mahlen ...

Wer – wie ich – ein nicht ganz so geduldiger Mensch ist, findet jedoch noch ganz andere Möglichkeiten sich zu engagieren. Für seine Überzeugungen kann man auch ganz gut im lokalen Umfeld eintreten. So haben wir vor ein paar Jahren einen öffentlichen Bücherschrank eröffnet, den wir nun mit Freiwilligen betreiben. Einer Gruppe Frauen half ich, eine Krabbelgruppe als niederschwelliges Treff für Eltern mit Kleinkindern zu lancieren. Und am 31. August

MEIN STANDPUNKT



organisiert unsere AG Bildung und Soziales einen «Info-Markt», wo sich die Bevölkerung über die vielen Vereine und Organisationen im Bereich Soziales, Gesundheit und Familie informieren kann.

Nächstes Jahr stehen wieder Wahlen an. Die Sektionen sind nun auf der Suche nach motivierten Personen, die bereit sind zu kandidieren. Also, packt die Chance und engagiert euch – sei es bei den Wahlen oder im konkreten engeren Umfeld mit einem Projekt! Der Anfang ist recht einfach: Sucht das Gespräch mit euren Sektionen oder möglichen Gleichgesinnten. Wer weiss, was Tolles daraus entstehen kann?

Angela Kummer ist Co-Präsidentin der SP Grenchen und Grenchner Gemeinderätin



Sujet eines Wahlplakates aus der Grossratskampagne 2020

«Wir haben viel erreicht mit unserer Wohnpolitik»

Mit dem angenommenen Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» gilt nun für mindestens ein Drittel der neu entstehenden Wohnungen auf Transformationsarealen die Kostenmiete. Ein politischer Meilenstein im Bereich des Neubaus. Für den Bestand gilt schon seit zwei Jahren der Wohnschutz. Damit wurden Renditesanierungen unattraktiv. Die Bürgerlichen wollen den Wohnschutz nun aber wieder aushöhlen. Die Links-Redaktion hat mit Ivo Balmer und Pascal Pfister darüber gesprochen.

Der Grosse Rat hat im Mai den Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» verabschiedet. Wie kam es dazu?

Balmer: Der Gegenvorschlag ist ein Meilenstein, nach einer langen Vorgeschichte. Vergessen wir nicht, die Immobilienlobby hatte zuerst die rechtliche Zulässigkeit dieser Initiative auf juristischem Weg bekämpft. Das Urteil des Appellationsgerichts war aber klar: Es gibt ein öffentliches Interesse an genügend bezahlbaren Wohnungen. Weiter wurden alle Vorstösse im Parlament für die gesetzliche Verankerung der dauerhaften Kostenmiete bekämpft. Es wurde sogar ein bekanntes PR-Kampagnenbüro damit beauftragt, das Lobbying zu orchestrieren. Das ist die politische Grosswetterlage in diesem umkämpften Politikfeld, in dem übrigens die meisten Veränderungen nur über Initiativen zustande kommen, das zeigt auch der Blick in andere Städte.

Und was ist nun historisch am Ergebnis dieses Kompromisses?

Balmer: Erstens, der Gegenvorschlag definiert preisgünstigen Wohnraum nach der gemeinnützigen Kostenmiete. Zweitens ist nun klar, dass bei den grossen Stadtentwicklungsprojekten in unserem Kanton mindestens ein Drittel der Wohnungen dauerhaft nach diesem Prinzip vermietet werden. Und zu guter Letzt konnten wir durch geschickte Verhandlungen in der Bau- und Raumplanungskommission die Zielsetzung «25 Prozent preisgünstiger Wohnraum bis 2050» endlich ins Gesetz bringen. Dies wird uns in Zukunft in der wohnpolitischen Arbeit helfen.

Das heisst, der Neubau in unserem Kanton konnte mit dieser Entscheidung sozialdemokratischer ausgerichtet werden. Wie sieht es bei den bereits bestehenden Wohnungen aus? Wie wirkt sich der Volksentscheid zum Wohnschutz konkret aus?

Pfister: Es ist wichtig, diese zwei Bereiche in der politischen Arbeit nicht gegeneinander auszuspielen, denn der Neubau wird die Wohnungskrise, in der wir uns befinden, nie lösen. Denn wir reden hier nicht über Turnschuhe, sondern über das essenzielle Grundbedürfnis «Wohnen». Wir alle müssen wohnen – und wo sind die bezahlbarsten Mieten, wenn nicht in den Bestandsbauten? Genau das ist der Grundsatz des Wohnschutzes. Erinnern wir uns zurück, alleine zwischen 2018 und 2021 waren in Basel-Stadt über 5500 Personen in über 60 Überbauungen von Renditesanierungen und Massenkündigungen betroffen. Diese Fälle gibt es aktuell nicht mehr. Der Wohnschutz wirkt also ganz konkret. Diese Wohnungen sind nun geschützt.

Eine Verbesserung für Mieter:innen also?

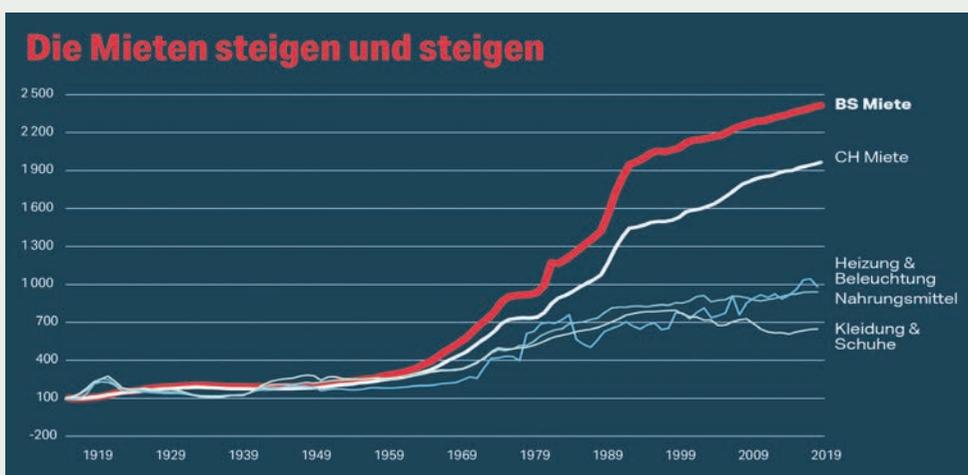
Pfister: Klar. Auf jeden Fall. Die Mieter:innen bleiben von den überteuerten Mietzinsaufschlägen nach Sanierung und der Neuvermietung verschont. Die Neuvermietung zu überhöhten Mieten ist der Hauptmechanismus, mit dem die Mieten nach oben getrieben werden. Denn eigentlich hätten sie ja seit der Finanzkrise wegen der sinkenden Zinskosten auch sinken müssen. Das ist ein volkswirtschaftlicher Skandal. Diese Aufschläge konnten vor dem Wohnschutz mehrere hundert Franken pro Monat ausmachen. Heute werden diese Aufschläge plausibilisiert, gedeckelt und für fünf Jahre kontrolliert.

Das Baugewerbe moniert jetzt aber, es werde zu wenig gebaut und nicht mehr saniert.

Balmer: Ja, das tut es, und zwar in der ganzen Schweiz. Nicht etwa wegen eines Wohnschutzgesetzes, sondern seit der internationalen Zinswende. Die Immobilienbranche in der ganzen Schweiz ruft nach weniger Regulierung und beschwört den sogenannten «Markt». In dieses generelle Geheule



Ivo Balmer ist Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission im Grossen Rat. Er wurde auch schon als Jacqueline Badran von Basel bezeichnet.



Diesen Trend wollte die Stimmbevölkerung mit dem Wohnschutzgesetz stoppen.

stimmen alle Mitte-rechts-Parteien ein. Dabei blenden sie gerne bereits Gesagtes aus: In der Zeit sinkender Zinse wurde mit den bestehenden Regulierungen so viel gebaut wie noch nie. Und die Mieten sind trotz vorgesehener Koppelung an die Zinsbewegungen gestiegen. Das ist das Problem.

Du sprichst hier von einer Entwicklung, die nicht nur Basel betrifft. Wie hängt das mit dem Wohnschutz zusammen?

Balmer: Das ist die Krux! Wir haben den Wohnschutz vor knapp zwei Jahren in unserem Kanton eingeführt, also genau im Bau-Peak. Dann kamen die Zinswende und die Teuerung. Jetzt von einem generellen Baustopp zu sprechen und mit dem Finger ausschliesslich auf den Wohnschutz zu zeigen, ist einfach absurd. Eine gewisse Zurückhaltung seitens der Vermieter:innen ist möglich, aber die Gründe sind vielschichtig. Viele warten auch ab, bis sich eine Rechtspraxis herauschält. Was jetzt passiert, ist, dass einige Eigentümer:innen sogar darauf spekulieren, dass der Wohnschutz von politischer Seite wieder ausgehöhlt wird.



Pascal Pfister ist seit 2023 Co-Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Basel und politisiert für die SP im Grossen Rat.

Die bürgerlichen Fraktionen wollen den Wohnschutz wieder abschaffen?

Pfister: Von SVP bis GLP haben sie Vorstösse eingereicht, die bei einer wortgetreuen Umsetzung eine komplette Aushöhlung des Wohnschutzes bedeuten würden. Wir von der Mieter:innenseite bieten, wenn es darum geht, Bürokratie abzubauen und energetische Sanierungen zu vereinfachen, für Anpassungen im Rahmen der Verordnung Hand. Eine Aushöhlung des Gesetzes werden wir aber entschieden bekämpfen.

Welche Anpassungen sollen dann im Rahmen der Verordnung gemacht werden?

Pfister: Es geht dabei um das vereinfachte Verfahren. Das ist ein Expressschalter, das haben wir immer gesagt. Die Verwaltung hat das Gesetz viel zu kompliziert umgesetzt. Für uns ist klar: Innerhalb der im Gesetz geregelten Bandbreiten reichen die Eigentümer:innen einen Vorschlag für die gewünschte Mietzinserhöhung ein, dazu ihre Sanierungskosten. Die Wohnschutzkommission plausibilisiert diesen Vorschlag und erteilt dann im Normalfall unkompliziert die Genehmigung. Wenn wir das schnell anpassen, dann würde das sicher auch dem Gewerbe helfen.

AGENDA SP BASEL-STADT

- **Samstag, 17. August 2024, 13–17 Uhr**
Glacéaktion zur Feier der Verbesserungen bei den Kitas
Melde dich jetzt für eine Glacé-Verteilaktion in deinem Wahlkreis
www.sp-bs.ch/glacé-verteilkation
- **27. August 2024, 20–22 Uhr**
Auftakt zu den Grossratswahlen 2024
Volkshaus Basel

Alle Veranstaltungen der SP in Basel findest du in der Online-Agenda auf www.sp-bs.ch/veranstaltungen

SOMMERFERIEN

Vom 9. Juli bis am 22. Juli ist das Sekretariat der SP Kanton Bern geschlossen.

Vom 23. Juli bis am 8. August gelten folgende (reduzierten) Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag, 9 – 12 Uhr

AGENDA 2024

28. August 2024 : **Parteitag in Bern**

22. September: **Abstimmungen**

30. Oktober: **Parteitag in Bern**

Volksinitiative «für Vernunft und geistige Unversehrtheit»

Jüngst haben wir über die Volksinitiative «für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» abgestimmt, aka Stopp-Impfpflicht-Initiative. Dabei ging es um Freiheit. In der Bevölkerung scheint es aber mit der Durchimpfung nicht so recht geklappt zu haben: Nur 26 Prozent waren so frei.

Das Plebiszit-Schönreden gehört zur direkten Demokratie wie das Pflästerchen zum Impfen. Die Initianten argumentierten gewandt mit dem dürftigen Kurzzeitgedächtnis des Souveräns. Wobei ihr eigenes Dings ... ähm ... Kurzzeitdings auch nicht das beste zu sein scheint: «Wir überlegen uns, die Initiative ein weiteres Mal zu starten», tönte es Minuten nach der Schlappe aus ihrer Ecke. Auch das BAG empfiehlt regelmässige Auffrisch-Abstimmungen.

Den Text würde man dann – so die Initianten – genauer formulieren. Der letzte war tatsächlich ein juristisches Schlepptext: Bei einem Ja hätten Beamte nicht einmal mehr

Rote Feder



Haarspalterei betreiben dürfen. Für die Polizei hätte es geheissen: Finger weg! Das hätte auch die Chancen des Zuger Nationalrats erhöht, der im Bundeshaus den Seinen eine Gasse schlagen wollte: «Sorget für mein Weib und für meine Kinder, treue liebe Eidgenossen, gedenket meines Geschlechts (er/ihm), Stopp dem Gender-Wahn!», soll er gerufen haben.

Wenn Fraktionspräsidenten einen auf Winkelried machen, Bauern die ganz grossen Kartoffeln respektive Schlagzeilen ernten («Klimaerwärmung hat viele Vorteile»), krautierte Jungspunde aus dem Kinderzimmer auf Russia Today über Neutralität schwadronieren und Wochenzeitungen («Putin, der Missverständene») jede Satire toppen, sollten wir vielleicht besser bei der geistigen Unversehrtheit ansetzen. Am Initiativtext feilen wir noch.

Stefan Krattiger, SP Aegerten

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spkantonbern



@spkantonbern



@spkantonbern

«Die Versicherten haben den Gürtel eng genug geschnallt»

Die Pensionskassen-Renten sinken seit Jahren, während sich die Finanzindustrie an den Geldern der Versicherten bedient. Im September stimmen wir zur Sicherung der Renten über eine weitere Kürzung ab. Gäbe es keine bessere Lösung? Danny Schlumpf, Pensionskassenexperte, ordnet ein.

Im September stimmen wir darüber ab, ob der Umwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt werden soll. Ist diese Massnahme sinnvoll?

Das ist das bürgerliche Mantra: Wir müssen die Pensionskassen-Renten senken, um sie zu sichern. Doch diese Renten sind in den letzten

20 Jahren bereits um 40 Prozent geschrumpft. Irgendwann bleibt gar nichts mehr zu sichern übrig. Es gibt sinnvollere Alternativen, um die zweite Säule zu stabilisieren. Die sehen wir aber nur, wenn wir den Fokus weg von den Versicherten lenken.

Was heisst das konkret?

Der Staat zwingt die Angestellten in der Schweiz zur Einzahlung in die zweite Säule und überlässt die Verwaltung dieses Geldes der Finanzindustrie, die er äusserst ineffizient überwacht. Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister arbeiten konsequent gewinnorientiert – auch mit dem 1200 Milliarden Franken schweren Pensionskassentopf, für dessen Verwaltung sie jedes Jahr offiziell 8 Milliarden Franken an Gebühren auf Kosten der Zwangsversicherten abschöpfen. Hinzu kommen weitere Milliarden an versteckten Gebühren, die in keiner Statistik auftauchen. Würden wir dieser Kostenflut einen Riegel schieben, könnten wir jedes Jahr Milliarden sparen. Der Unterschied zur Vorlage vom September: Die Versicherten würden dabei keinen einzigen Franken verlieren.

Befürworter der Revision führen an, dass Frauen mit Teilzeitarbeit oder mit tiefen Einkommen besser gestellt werden. Wird dieses Versprechen denn nicht eingelöst?

Die Revision würde bedeuten, dass diese Frauen im Verlauf ihres Erwerbslebens höhere Beiträge zahlen. Für viele von ihnen wird es dafür aber keine höhere Rente geben – sie erhalten stattdessen einfach weniger Ergänzungsleistungen. Das ist keine Besserstellung, sondern eine Entlastung von Bund und Kantonen auf Kosten dieser Vorsorgeversicherten.

Welche Rolle spielen die Rentner:innen in diesem Abstimmungskampf?

Wie in anderen Fällen auch bestimmen sie über die finanzielle Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder mit. Ebenso wichtig sind aber die Erwerbstätigen, die in den nächsten Jahren pensioniert werden. Ihnen würde die Pensionskassen-Vorlage eine Kompensation für die Senkung des Umwandlungssatzes zusprechen. Diese Rentenzuschläge betragen allerdings maximal 200 Franken pro Person und Monat. Die Hälfte der Versicherten kriegt gar nichts. Ich bezweifle, ob die Übergangsgeneration von dieser Kompensation begeistert ist.

Wie sieht eine bessere PK-Lösung aus?

Die Versicherten sollten sich nicht einreden lassen, sie müssten die zweite Säule mit weiteren Rentenkürzungen stabilisieren. Sie haben den Gürtel eng genug geschnallt. Stattdessen sollten sie den Blick auf diejenigen richten, die ihr Vorsorgevermögen verwalten. Die Finanzindustrie hat eine massive Lobby im bürgerlichen Parlament. Dagegen hilft nur geballter Druck durch die Versicherten selbst, auf deren Kosten die Geldhäuser ihre Gewinne machen. Das Potenzial der Versicherten ist nicht zu unterschätzen – in der Schweiz sind es immerhin 4,5 Millionen Menschen.



ZUR PERSON

Danny Schlumpf, SP-Mitglied aus Chur, beschreibt zusammen mit Mario Nottaris im lesenswerten Buch «Das Rentendebakel», wie Politik und Finanzindustrie unsere Vorsorge verspielen. Er ist CEO der Admicasa Management AG, die Vorsorgelösungen anbietet.

«Es gibt sinnvollere Alternativen, um die zweite Säule zu stabilisieren.»



Auf ein Selfie mit der Bundesrätin

Mit Klasse und Stil hat sich die SP bei der Gruppe 2027 für die grosszügige Unterstützung im vergangenen Wahljahr bedankt. Auch Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Bundesrat Beat Jans machten den Spender:innen ihre Aufwartung.

Tatort: Das Theater National in Bern. Zeitpunkt: Anfang Juni. Das Geschehen: Die Jahresveranstaltung der Gruppe 2027.

In gediegenem Ambiente und mit einer grossartigen Gesangseinlage der «Sparklettes» feierten 350 Gäste

das 20-jährige Bestehen der Gruppe 2027, die in den Nuller-Jahren als Gruppe 2007 zur Unterstützung bei den anstehenden Wahlen ins Leben gerufen worden war. So gaben sich Anfang Juni zahlreiche eidgenössische Parlamentarier:innen im Thea-



Die beiden Magistrat:innen trugen mit ihren Reden nicht nur zum Erfolg des Anlasses bei, sondern scheinen ihn auch zu geniessen.



Cédric Wermuth und Mattea Meyer überbringen Dank und Rosen.

ter National ein Stelldichein, um sich persönlich für die Unterstützung zu bedanken. Neben dem Co-Parteipräsidium richteten Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und Bundesrat Beat Jans erhellende und optimistische Worte an das Publikum, das sich beim anschliessenden Apéro mit «ihren» Politiker:innen austauschen und das eine oder andere Selfie machen konnte.

Einblick in den Polit-Alltag

Die Herausforderungen der neuen Legislatur bildeten die thematischen Schwerpunkte des Abends. Das Co-Präsidium mit Cédric Wermuth und Mattea Meyer ermöglichte mit seinen Ansprachen einen Blick hinter die Kulissen des nationalen Politbetriebs. Alt Nationalrat Hans-Jürg Fehr, der ehemalige SP-Präsident, unter dessen Ägide die Gruppe seinerzeit gegründet worden war, unterhielt sich mit Samira Marti und Samuel Bendahan über ihr Wirken als Co-Fraktionspräsidium und sorgte mit Witz für Lacher im Publikum.

→ Möchtest auch du Mitglied der Gruppe 2027 werden? Das geht ganz einfach mit wenigen Klicks. Alle Informationen dazu findest du unter www.sp-ps.ch/gruppe-2027. Bei Fragen kannst du dich unter der Nummer 031 329 69 87 direkt an Regula-Sibylle Schweizer wenden.



Atomwaffenverbot: Bundesrat sträubt sich weiterhin

Bereits 93 Staaten haben den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO unterzeichnet. Dieser will die weltweite nukleare Abrüstung vorantreiben. Trotz klarem Auftrag des Parlaments sträubt sich der Bundesrat, den Vertrag zu unterzeichnen. Eine Initiative will dies nun ändern.

Die Schweiz war mit dabei, als die UN-Generalversammlung dem Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) 2017 zustimmte. Der Vertrag trat 2021 in Kraft und wurde bisher von 93 Staaten unterzeichnet, darunter auch Österreich, Malta und Irland. Nicht so die Schweiz. Der Bundesrat weigerte sich, das internationale Abkommen zu unterzeichnen. Erst Ende März bestätigte er diese Haltung erneut.

Der TPNW ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der die Entwicklung und den Einsatz von Atomwaffen verbietet. Als einziger internationaler Vertrag untersagt er zudem die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen.

Für die Befürworter:innen des Vertrags ist klar: Die Schweiz muss ihn unterzeichnen. Nur so kann sie ihrer humanitären Tradition gerecht werden und zu einer weltweiten nuklearen Abrüstung beitragen – gerade in Zeiten, in denen die nukleare Bedrohung so gross ist wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Schon jetzt muss die Grundlage für eine stabilere globale Sicherheitsarchitektur gelegt werden, auch wenn diese vielleicht erst in 20 oder 30 Jahren umsetzbar wird. Die Befürworter:innen halten zudem fest, dass durch die Unterzeichnung auch die Schweizer Neutralität gestärkt wird.

Parlament befürwortet Unterzeichnung

Dass der Bundesrat den Vertrag nicht sofort unterzeichnete, stiess bei verschiedenen Politiker:innen auf Unverständnis. Ständerat Carlo Sommaruga aus Genf reichte 2018 eine Motion ein und forderte, dass die Schweiz den Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. In der Debatte wies er darauf hin, dass Atomwaffen Massenvernichtungswaffen sind und ihr Einsatz zu gigantischem menschlichen und ökologischen Leid führen würde.

Obwohl der Bundesrat empfahl, die Motion abzulehnen, stimmten sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat dem Anliegen zu. Damit erhielt der Bundesrat bereits Ende 2018 den Auftrag, den TPNW zu unterzeichnen. Doch die Landesregierung schiebt das Geschäft seither auf die lange Bank.

Im Januar dieses Jahres veröffentlichte der Bundesrat einen Bericht, den er als Antwort auf ein Postulat von FDP-Ständerat Josef Dittli verfasste. Dieser fragte kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine nach den Folgen eines Schweizer Beitritts zum TPNW. Im Bericht wird schnell klar: Der Bundesrat fürchtet sich davor, militärische Partner zu verärgern – allen voran die Nato.

Volksinitiative soll Druck auf Bundesrat erhöhen

Die Untätigkeit des Bundesrats empört auch Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese weisen darauf hin, dass die Unterzeichnung des Vertrags durch die Schweiz das Verbot von Atomwaffen weiter stärken würde. Zu den Organisationen gehört auch die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die 2017 für ihr Engagement für den TPNW den Friedensnobelpreis erhielt.

Zusammen mit der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat ICAN im vergangenen Herbst angekündigt, mit einer Volksinitiative den Druck auf den Bundesrat zur Unterzeichnung des Vertrags zu erhöhen. Diese soll im Sommer von einer breiten zivilgesellschaftlichen Allianz lanciert werden.

KOMM AN DEN PARTEITAG!

Am 26. und 27. Oktober treffen sich die Delegierten der SP Schweiz zum Parteitag in Davos. Es stehen wichtige Themen auf dem Programm, wie beispielsweise die Unterstützung der Initiative für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags, die der Parteirat an den Parteitag überwiesen hat. Ebenso debattieren wir über interessante Positionspapiere und fassen Parolen. Und am Abend steigt eine Party, die wir noch lange nicht vergessen werden. Sei dabei! Anmeldefrist ist der 11. September.



Schlaraffenland am Rheinufer

Mirjam Zimmermann (links) und
Jael Schüle vor ihrem Foodtruck
am Rheinufer.

Eine Omelette ohne Ei? Ein schwieriger Fall. Doch es gibt wunderbare Alternativen. SP-Mitglied Jael Schüle, die zusammen mit Mirjam Zimmermann in Schaffhausen die Crêperie Lunas führt, kennt sie alle. Pia Wildberger

Idyllischer geht es nicht: Direkt am Rheinufer und mit Blick auf den Munot und die Altstadt von Schaffhausen steht der silberne Food-Truck der Crêperie Lunas. An den farbenfrohen Tischen unter den Sonnenschirmen kommt Ferienstimmung auf. Am Nachmittag legen junge Mütter und Väter mit ihren Kindern einen Sirup-Stopp ein, am Vormittag locken Gipfeli und Kaffee die Leute ans Wasser. Doch meistens führen die süssen Crêpes und pikanten Galettes die Gäste ans Rheinufer, für die das Lunas weitherum bekannt ist. An einem schönen Sonntag tischen die Köchinnen 300 Schoggi-Crêpes oder Tomaten-Galettes auf.

Für solche Mengen müssen Jael Schüle und Mirjam Zimmermann Dutzende Eier zu einem Teig verrühren – mit Eiern kennen sich die beiden Frauen aus: Wer also, wenn nicht sie, weiss, wie sich Eier in Omelette & Co. ersetzen lassen?

Doch der Reihe nach. Müssen Eier für eine klimafreundliche Küche überhaupt aus dem Menüplan weichen? Die Klimabilanz von Eiern ist etwas besser als jene von Pouletfleisch, aber der durchschnittliche Konsum in der Schweiz nimmt stetig zu und liegt heute bei fast 200 Stück pro Person und Jahr. Eier ste-

cken nicht nur in Crêpes, sondern auch in vielen Guetsli oder Pasta. Hühner führen ein kurzes Leben, obwohl sie bis zu 15 Jahre alt werden können. Ganz zu schweigen von den rund zwei Millionen männlichen Küken, die jedes Jahr getötet werden, kaum sind sie geschlüpft. Kurz: Es gibt viele gute Gründe, Eier mit Verstand zu geniessen – und auch mal darauf zu verzichten.

Ersatzprodukte mit Tücken

Wie ersetzen die Profis in Schaffhausen die Eier? «Das ist nicht einfach», weiss Jael Schüle. Manche Gerichte zerfallen, andere ändern den Geschmack. Ersatzprodukte haben ihre Tücken. Kommt hinzu: Im Lunas sind die Ansprüche hoch. Nicht nur Geschmack und Konsistenz müssen stimmen, sondern auch die Herkunft der Zutaten. Die Eier kommen vom lokalen Biohof, und auch die übrigen Ingredienzen für den Teig sowie die Getränke stammen fast alle von regionalen Betrieben, die naturnah produzieren – Nestlé-Produkte sucht man im Lunas vergebens. «Das ist unser Beitrag zur klimafreundlichen Küche.»

Eine wunderbare Alternative zur Crêpe haben Jael Schüle und Mirjam Zimmermann jedoch gefunden: die Galette. Der hauch-

dünne Teig basiert auf Buchweizenmehl und wird traditionell mit allerlei salzig-pikanten Köstlichkeiten belegt. Wir haben es probiert: Die Köchinnen vom Lunas werden ihrem Ruf mehr als gerecht. Die Galette mit Rucola und Käse mundet ausgezeichnet. Und lässt sich auch mit leckerer Schoggi bestreichen – Schlaraffenland am Rheinufer!

→ Crêperie Lunas, Rheinholdenstrasse,
Schaffhausen, www.lunas.sh

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Munot-Galettes vom Rhein

Ergibt 4 bis 6 Galettes

Zutaten

Teig:

- 200 g fein gemahlenes Buchweizenmehl
- 5 dl Mineralwasser
- 5 EL Sonnenblumenbratöl von Biofarm
- 1 TL Salz

Füllung:

- 50 g grüne Blätter – nach Belieben Rucola, Peterli, Basilikum, Radieschen-Blätter
- 30 g gemahlene Mandeln
- ½ Zitronenschale
- 1 kleine Knoblauchzehe
- 12–14 EL Olivenöl
- 1 TL Salz
- 200 g Splügener Käsemischung von der Sennerei Splügen
- 4–6 Tomaten
- 6 EL Baumnüsse

Zubereitung

1. Alle Zutaten für den Teig in einer Schüssel gut mischen und ca. 20 Minuten ziehen lassen.
2. Das Grünzeug fein hacken, die Mandeln leicht rösten, Zitronenschale reiben und begeben, Knoblauch fein schneiden, Olivenöl und Salz begeben, gut vermengen. Beiseitestellen.
3. Tomaten in mundgerechte Stücke schneiden, beiseitestellen.
4. Alle Galettes in der Bratpfanne in wenig Öl hellbraun braten. Mit Käse bestreuen und in der Wärmeschublade oder im Ofen warmstellen.
5. Füllung auf die Galette geben, Käsemischung, Tomaten und Baumnüsse darüber streuen. Seitlich einfalten – servieren. Bon appétit!

BUCHBESPRECHUNG

EMISSIONSHANDEL

Gewinne für Klimasünder:innen, nicht fürs Klima

Kann der Emissionshandel die Klimaerwärmung stoppen? Alex Tiefenbacher und Luca Mondgenast decken in ihrer Recherche auf, wie das Schweizer Emissionshandelssystem mehr den grössten Schweizer Klimasünder:innen zugutekommt als dem Klima. Eine skandalöse Enthüllung, die zum Nachdenken anregt. Moyra Strub

Die Marktwirtschaft soll helfen, die Klimaerwärmung zu stoppen – das klingt zwar verlockend, ist aber komplizierter als gedacht. Das Buch «CO₂-Ausstoss zum Nulltarif: Das Schweizer Emissionshandelssystem und wer davon profitiert» zeigt, wie ganz normale Klimapolitik die grössten Klimaverschmutzer:innen sogar noch unterstützt.

Bis 2050 wollen die Europäische Union und die Schweiz das an der Pariser Klimakonferenz 2015 beschlossene Netto-null-Ziel zur Eindämmung der Klimaerwärmung erreichen. «Netto null» bedeutet, dass nur so viele Treibhausgase in die Atmosphäre ausgestossen werden dürfen, wie dieser wieder entzogen werden können. Das Emissionshandelssystem (EHS) soll zu diesem Ziel beitragen. Doch was genau ist das EHS und wie funktioniert es?

Das System basiert auf dem sogenannten «Cap and Trade»-Prinzip. Hierbei definiert die Politik jeweils eine Obergrenze (Cap), wie viele Tonnen CO₂ maximal pro Jahr ausgestossen werden dürfen. Das «Cap» sinkt dabei jährlich um einen festgelegten Faktor, bis Netto null erreicht ist. Am EHS nehmen die Firmen mit dem höchsten Treibhausgasausstoss teil. Für jede Tonne ausgestossener Treibhausgase müssen die Akteur:innen ein Emissionszertifikat abgeben. Die Zertifikate werden vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) gratis zugeteilt oder an Auktionen versteigert, können aber auch unter den EHS-Teilnehmenden gehandelt werden (Trade).

Gratiszertifikate für Klimaverschmutzer

So weit, so gut. Jedoch hat das Bafu in der letzten Handelsperiode so viele Gratiszertifikate verteilt, dass «alle Konzerne im EHS wenig bis nichts für Klimaverschmutzung» bezahlen mussten. Einige Konzerne hielten sogar überschüssige Zertifikate im geschätzten Wert von

mehreren hunderttausend bis Millionen Franken, deren Wert jährlich steigt.

Die Recherche zu diesem Buch zeigt fundiert die skandalöse Klimapolitik der EU und der Schweiz auf. Statt den Ausstoss von Treibhausgasen zu reduzieren, war das EHS bisher eine staatliche «millionenschwere Subventionierungsmaschine für emissionsstarke Unternehmen», wie Alex Tiefenbacher und Luca Mondgenast belegen. Das Kernkraftwerk Gösigen gab sogar zu, aus «wirtschaftlichen Überlegungen» freiwillig am EHS teilzunehmen – sprich: Es macht finanziell Sinn und ist ein Privileg, die eigenen Emissionen über das EHS abrechnen zu können.

Die Bürgerlichen wiederum sind überzeugt, dass solche Geschenke für bestimmte EHS-Unternehmen wie den Baustoffkonzern Holcim oder die Papierfabrik Perlen geschaffen werden müssen, um zu verhindern, dass die Konzerne ihre Industrie ins Ausland verlagern. Diesem Argument widersprechen die Autor:innen überzeugend.

Insgesamt handelt es sich bei «CO₂-Ausstoss zum Nulltarif» um ein sehr lesenswertes und spannendes Buch, das die Problematik des schon an sich komplexen marktbasierenden Emissionshandels so gekonnt wie verständlich darstellt.



Alex Tiefenbacher und Luca Mondgenast (2024). CO₂-Ausstoss zum Nulltarif: Das Schweizer Emissionshandelssystem und wer davon profitiert (1. Auflage). Rotpunktverlag.



Fragen an **Mara Meier** 65, Autorin aus Solothurn

Warum bist du der SP beigetreten?

Vor zwei Jahren begann ich, die Biografie des Oltner Genossen Walter Trösch aufzuarbeiten, der 1905 die «Neue Freie Zeitung» gründete, die erste Arbeiterzeitung in Olten. Er kam aus einfachen Verhältnissen, arbeitete sich hoch, wurde Drucker und gründete einen sozialistischen Verlag. Ich habe in Archiven geforscht, Zeitungen von damals gelesen – und dabei festgestellt, dass ich immer wütender wurde auf all die Leute, die heute behaupten, die Sozialwerke seien zu teuer und die Gleichberechtigung sei längst erreicht. Ich will dagegenhalten. So hat mich ein Genosse, der 1959 starb, zur SP gebracht.

Wie lauteten denn damals die wichtigsten Forderungen?

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kämpften die Genossinnen und Genossen unter sehr schwierigen Bedingungen für unsere AHV, die dann erst 1948 Realität wurde. Sie setzten sich auch für eine Krankenkasse ein, für die Gleichberechtigung, fürs Frauenstimmrecht. Die Forderungen sind in anderer Form auch heute noch aktuell.

Was bist du von Beruf?

Ich habe Botanik studiert und bin als junge Frau nach Chile ausgewandert. Dort habe ich als Pflanzenbiologin gearbeitet. Kurz vor der Jahrtausendwende bin ich mit den Kindern zurück in die Schweiz gekommen. Da musste ich bei null anfangen. Ich habe in der Fabrik gearbeitet, als Hilfsköchin, Pflegehelferin, Dolmetscherin. Schliesslich bin ich als Quereinsteigerin im Bibliothekswesen gelandet. Mit 64 Jahren habe ich mich pensionieren lassen und bin jetzt freischaffende Autorin. Das Buch über Walter Trösch erscheint im Herbst im Zytglogge-Verlag.

Willst du dich in der Partei engagieren?

Ich engagiere mich gerne punktuell und mache beispielsweise an Standaktionen mit. Ich unterstütze die Anliegen auch finanziell. Aber ob und wie ich mich weiter engagieren könnte, weiss ich im Moment noch nicht.

Was sind deine Erwartungen an die Partei?

Weiter so! Mir ist wichtig, dass sich die SP für eine gerechtere, demokratische, soziale und solidarische Schweiz einsetzt. Eine Schweiz, in der nicht nur diejenigen etwas zu sagen haben, die am meisten Geld besitzen. In Chile war das Wort Solidarität immer präsent. Es war wichtig, dass man solidarisch lebt und handelt. Das habe ich mitgebracht und das ist mir wichtig.

Pia Wildberger

ALLES WIRD GUT

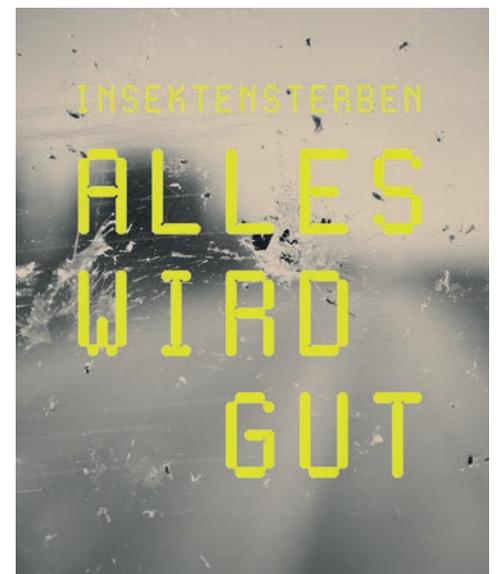
Der Abstimmungskampf um die Biodiversitäts-Initiative im September könnte mit harten Bandagen geführt werden – wir erinnern uns an die gehässigen Auseinandersetzungen um die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative. Da ist es gut, sich im Vorfeld zu informieren.

Das Naturhistorische Museum in Bern liefert mit der Ausstellung «Insektensterben – Alles wird gut» die Fakten – und dies auf höchst spannende Art. Ihren provokativ-optimistischen Titel hat die Sonderausstellung nicht zufällig. Sie spielt im Jahr 2053 und zeigt, wie wir eine Zukunft schaffen können, in der die grosse Katastrophe abgewendet wird. Statt Problemen zeigen die Ausstellungsmacher:innen Lösungen, statt den Mahnfinger zu heben, porträtieren sie inspirierende Menschen, die an einer besseren Zukunft arbeiten – für uns und für die Insekten.

Die SP Schweiz empfiehlt für die Biodiversitäts-Initiative ein Ja. Wir brauchen die Biodiversität, um zu überleben. Eine vielfältige Natur sorgt für sauberes Wasser, fruchtbare Böden, Bestäubung von Pflanzen und gesunde Lebensmittel. Eine intakte Natur mit schönen Landschaften ist Teil unserer Schweiz. Heute ist rund die Hälfte der natürlichen Lebensräume bedroht. Rund ein Drittel unserer Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet oder bereits ausgestorben. Das ist alarmierend und trifft uns Menschen direkt. Ein Ja zu mehr Biodiversität ist dringend nötig.

Darum: Auf zur Ausstellung nach Bern ins Naturhistorische Museum

→ www.nmbe.ch



MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Kompetent und aktiv in der Personalkommission

Aktuelle Kurse für Mitglieder von Personalvertretungen – alle Angebote können auch massgeschneidert bestellt werden!

Vorbereitung auf das Mitarbeitendengespräch und Lohnverhandlungen

Kurs Nr. D2.4.2431
17.–18. September 2024 in Zürich
In diesem Kurs lernen wir, wie wir uns auf ein Mitarbeitenden- oder Qualifikationsgespräch vorbereiten können, um dabei zu überzeugen. Anhand einer Kompetenzbilanz erkennen wir unseren Wert für das Unternehmen. Wir lernen, uns mit Argumentations- und Verhandlungsgeschick für unsere Anliegen einzusetzen, beispielsweise für eine Lohn-erhöhung.

Gesund trotz Schichtarbeit – asa

Kurs Nr. D2.2.2404
26. September 2024 in Bern
Unregelmässige Arbeits- und Ruhezeiten sind ungesund. Deshalb müssen Betriebe mit Schichtarbeit strenge gesetzliche Vorgaben einhalten. In diesem Kurs lernen Mitarbeitende und Vorgesetzte, mit Schichtarbeit besser umzugehen. Dazu gehören Tipps für besseren Schlaf und gesunde Ernährung, aber auch Massnahmen für eine optimierte Arbeitszeitorganisation.

Erwerbsarbeit und Renten aus Frauensicht

Kurs Nr. D2.3.2408
2. Oktober 2024 – online
Besonders Frauen mit Familie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit und arbeiten oft Teilzeit. Dies wirkt sich bei den Renten

schmerzhaft aus. Worauf können Frauen achten, um im Alter besser abgesichert zu sein? Wo kann die Politik ansetzen und welches sind die gewerkschaftlichen Strategien, um Frauen vor Altersarmut zu schützen?

Pensionskassen – Kurse für Mitglieder von Stiftungsräten

Kurs Nr. D1.3.2402
Basiskurs: 28.–29. Okt. in Bern
Kurs Nr. D1.3.2404
Aufbaukurs: 18.–19. Nov. in Bern
Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Die Kurse vermitteln die wichtigsten Grundlagen für diese Aufgabe und nehmen die aktuellsten Probleme der Pensionskassen auf.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

AGENDA 2024

SA, 31. AUGUST
SO, 1. SEPTEMBER
Mitgliederversammlung und Netzwerkwochenende SP Frauen, Murten

FR, 6. SEPTEMBER
Parteirat, online

FR, 14. SEPTEMBER
Kommunaltagung in Belp

SA, 28. SEPTEMBER
Herbstkonferenz SP60+, Olten

SA, 26./SO, 27. OKTOBER
Parteitag in Davos

DO, 12. DEZEMBER
Delegiertenkonferenz SP60+

Aktuelle Infos unter
www.sp-ps.ch/agenda



Baustellen der Demokratie im Kanton Aargau

Die Demokratie ist mit verschiedenen Krisen konfrontiert, welche die Demokratie selbst und die darin verwobene Kultur herausfordern und in Frage stellen. Obwohl es wahrscheinlich auch für moderne, komplexe Gesellschaften keine freiere Herrschafts- und Kulturform als die Demokratie gibt, kommt sie von unterschiedlichen Seiten immer mehr unter Druck. Diesen Brennpunkten geht unsere Reihe im Kanton Aargau nach. Die ersten drei Veranstaltungen werden hier vorgestellt.

Populismusrmehrheiten in der Demokratie – ein Blick die USA

Donnerstag, 12. September, 18.30 Uhr, Royal, Baden

Mit Annika Brockschmidt, Autorin von «Die Brandstifter. Wie Extremisten die Republikanische Partei übernahmen», und Prof. Marco Steenbergen vom Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich.

Freie Medien unter Druck

Donnerstag, 26. September, 18.30 Uhr, KuK, Aarau

Mit Fabian Hägler (Chefredaktor AZ Medien), Colette Basler (Grossrätin SP AG), Christoph Nietlisbach (Verwaltungsratspräsident der Freiamter Regionalzeitungen), Stefano Padrazzi (Dozent Departement für Kommunikation und Medienwissenschaften Universität Freiburg)

Kongress Reclaim Democracy

Freitag und Samstag, 13.–14. September, ganztags, Zürich

In Kooperation mit dem Denknetz. AKM-Panel mit Natascha Strobl zu «Kulturkampfkunst – Eine Anleitung» am Freitagnachmittag.

JETZT FÜR DIE KOMMUNALTAGUNG ANMELDEN

Am Samstag, 14. September findet zum fünften Mal die beliebte Belper Kommunaltagung der SP Schweiz statt. Ein Anlass speziell zugeschnitten auf unsere Exekutivmitglieder in kleineren und mittleren Gemeinden, denn wir wissen: Diese Menschen arbeiten auf hartem Pflaster, sind aber sehr wichtig für die SP und unsere Politik.

Wir freuen uns, dass wir ein attraktives Programm zusammenstellen konnten, mit einem Inputreferat zum Kollegialitätsprinzip und zahlreichen interessanten Workshops. Die Themen gehen von demokratischer Innovation über Beschaffung von Wohnraum für Asylbewerber:innen bis zu Jugendarbeit und Jugendpolitik. Für alle Workshops konnten wir erfahrene Leiter:innen gewinnen. Dank gemeinsamem Mittagessen, Apéro im Anschluss und einem fakultativen Nachessen am Vorabend haben wir auch genügend Gelegenheit, uns kennenzulernen.

Der Anlass ist vom Netzwerk Kommunalpolitik organisiert. Hier findest du alle Informationen und das Anmeldeformular: www.sp-ps.ch//kommunaltagung/2024

Unbedingt anmelden und weitersagen! Wir freuen uns auf dich.



AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG



Jetzt kostenlos bestellen!